

**Rede
von**

Philipp Raulfs, MdL

zu TOP Nr. 9

Abschließende Beratung

**Kultushoheit Niedersachsens in Gefahr!
Bildungsföderalismus bewahren und stärken**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1856

während der Plenarsitzung vom 10.12.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Rykena, seit der ersten Beratung im Parlament hat sich unsere Meinung - das wird Sie kaum überraschen - nicht verändert, auch nicht durch die Argumente, die Sie heute vorgetragen haben. Aus unserer Sicht war die Kultushoheit der Länder niemals in Gefahr, und sie wird auch nicht in Gefahr geraten. Wir lehnen Ihren Antrag deshalb weiterhin ab.

Meine Damen und Herren,

die Digitalisierung unserer Gesellschaft und damit auch unseres alltäglichen Lebens schreitet mit großen Schritten voran. Während sich besonders die Arbeitswelt grundlegend und deutlich spürbar verändert, steckt diese Entwicklung an unseren Schulen teilweise noch in den Kinderschuhen. Dabei sind das Wissen über die zunehmend digitalisierte und globalisierte Welt und das Verständnis dieser Welt unser wichtigstes Kapital. Das heißt konkret: Die Zukunft wird an unseren Schulen geschaffen. Dafür müssen unsere Schulen bereit sein.

Um das zu erreichen, bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Beteiligten, allen voran von Bund und Ländern. Eine nationale Allianz kann mehr investieren und sorgt für mehr Chancengerechtigkeit. Wir wollen die treibende Kraft dieser Allianz sein.

Mein Vorredner, Lasse Weritz, hat es gerade schon gesagt - Sie alle haben es vernommen -: Der Digitalpakt wurde vom Bundesrat noch nicht verabschiedet. An dieser Tatsache gibt es nichts zu beschönigen. Ich hätte mir definitiv gewünscht - wie ganz viele in diesem Hause -, dass wir heute an dieser Stelle ein anderes Vorzeichen gehabt hätten. Dass wir bei diesem Thema nicht weitergekommen sind und die Umsetzung stockt, ist aber einzig und allein der Tatsache geschuldet, dass der Bundestag kurzfristig und unabgestimmt Veränderungen vorgenommen hat. Es ist und war daher unverzichtbar, dass der Vermittlungsausschuss des Bundestages und des Bundesrates mit der Angelegenheit befasst wird. Ich hoffe, dass es jetzt schnellstmöglich zu einer konstruktiven Lösung kommt.

Für mich sind die Aufgabe und das Ziel dabei klar: Wir müssen unsere Schulen zukunftsfit machen, fit für eine digitalisierte Welt. Es darf keine Verzögerungen mehr geben. Wir brauchen den Digitalpakt jetzt.

Ich habe es eingangs gesagt: Wir lehnen den Antrag weiterhin ab. Wir wollen den Digitalpakt durchsetzen, zum Wohle unserer Kinder, unserer Schulen und der Zukunft des Landes Niedersachsen.

Vielen herzlichen Dank.